

Anfrage über die vom Regierungsrat in Auftrag gegebene Vox-Analyse betreffend die Abstimmung vom 25. November 2007 zum Fusionsbeitrag Littau-Luzern

eröffnet am 3. Dezember 2007

Die kantonale Volksabstimmung vom 25. November 2007 betreffend den Fusionsbeitrag von 20 Millionen Franken für die Gemeinden Luzern und Littau hat ein klares Resultat ergeben und wurde vom Stimmvolk deutlich mit 60 zu 40 abgelehnt. Es haben sich auch 94 der 96 Luzerner Gemeinden gegen den Fusionsbeitrag ausgesprochen. Dieses sehr klare Resultat lässt eigentlich gar keine Fragen mehr offen.

Für mich stellen sich wegen der Äusserungen des Regierungsrates nach der Abstimmung trotzdem folgende Fragen:

1. Was will die Regierung mit dieser angeblich vor der Abstimmung vom 25. November 2007 in Auftrag gegebenen Vox-Analyse bewirken?
2. Was sind die Kosten für eine solche Vox-Analyse?
3. War es nicht denkbar unklug, dass der Grossstadtrat von Luzern im Vorfeld der Abstimmung in der gleichen Woche der Abstimmung eine Steuersenkung beschlossen hat?
4. Hat der Regierungsrat mit solch einem Abstimmungsausgang gerechnet, weil er im Vorfeld dieser Abstimmung bereits eine Vox-Analyse in Auftrag gegeben hat?
5. Wie war die Koordination zwischen der Regierung und den Verantwortlichen der beiden Gemeinden Luzern und Littau?
6. Das deutliche Abstimmungsergebnis vom 25. November 2007 müsste eigentlich vorerst «Marschhalt» bedeuten. Hat man nicht Angst davor, dass die Stimmberechtigten weitere Gelder für die Fusion Littau-Luzern ablehnen?
7. Das überdeutliche Nein der Agglomerationsgemeinden (Horw 69%, Kriens 67%, Emmen 63% und Ebikon 60,6%) ist als Nein zu Gross-Luzern zu verstehen. Sieht das die Regierung auch so?
8. Was passiert mit den 20 Millionen Franken, die für die Fusion Littau-Luzern vorgesehen waren?

Stöckli Ruedi